

**II-3895 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 1929/J

1986-03-05

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Rieder, Mag. Kabas
und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Justiz
betreffend Aufklärung des Skandals in der Bundesländer-Versicherung

Medienberichten ist zu entnehmen, daß der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Bundesländer-Versicherung durch betrügerische Machinationen einen Schaden von mindestens 60 bis 65 Mio. Schilling verursacht hat. Wie erst dieser Tage bekannt wird, hat Ex-Generaldirektor Dr. Ruso von 1979 bis 1985 durch fingierte Schadensmeldungen Millionenbeträge veruntreut. Wer aller noch an diesen Malversationen beteiligt ist oder nach wie vor davon profitiert, ist der Öffentlichkeit noch nicht bekannt, jedenfalls aber aufklärungsbedürftig. Dies umso mehr, als bei der scheinbar ungehinderten Fortsetzung der genannten kriminellen Handlungen gegenüber der Bundesländer-Versicherung durch sechs Jahre hindurch sich zwangsläufig die Frage stellt, inwieweit die vom Aktienrecht vorgesehenen Kontrolleinrichtungen ihre Aufgaben gegenüber den Aktionären und den Versicherungsnehmern gröblich vernachlässigt haben. Darüber hinaus wird seitens der Bundesländer-Versicherung zwar derzeit "weitgehend ausgeschlossen", daß die der Bundesländer-Versicherung in krimineller Weise herausgelockten Millionenbeträge zur illegalen Finanzierung einer politischen Partei gedient haben. In Anbetracht der besonderen politischen Nähe der Bundesländer-Versicherung zur ÖVP wird jedoch in weiterer Folge auch dieser in der Öffentlichkeit bereits mehrfach erhobene Vorwurf noch näher zu untersuchen sein. Indiz dafür ist jedenfalls, daß bereits als "erste Konsequenz" ein ÖVP-Spitzenpolitiker seine politischen Funktionen zurücklegen mußte. Vieles weist darauf hin, daß es den der ÖVP nahestehenden Verantwortlichen in der Bundesländer-Versicherung um eine Vertuschung des politischen Skandals geht. Damit wird ein Kriminalfall in der Bundesländer-Versicherung zum Vertuschungsskandal der ÖVP.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher im Interesse einer restlosen Aufklärung der dargestellten Vorgänge die nachstehende

-2-

A n f r a g e:

Welche Handlungen wurden seitens der Justizbehörden zur Aufklärung der kriminellen Vorgänge in der Bundesländer-Versicherung, die zu einem Schaden in der Höhe von zumindest zweistelligen Millionenbeträgen geführt haben, gesetzt und welche Ergebnisse liegen bisher vor?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner vor Eingang in die Tagesordnung Gelegenheit zur Begründung zu geben.